

## **Antwort des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg an NaturFreunde Landesverband Brandenburg**

### **1. Viele der Maßnahmen im Klimaplan wie die Energiewende oder die Anhebung des Wasserstandes in Mooren sind flächenwirksam. Wie will Ihre Partei Transparenz über Flächenkonkurrenzen herstellen und die entstehenden Nutzungskonflikte ausgleichen?**

DIE LINKE setzt sich für einen sorgsamem Umgang mit Flächenkonkurrenzen ein. Soweit möglich sollte eine Mehrfachnutzung vorgesehen werden – etwa eine angepasste landwirtschaftliche Nutzung von vernässten Moorflächen. Bei konkurrierenden Nutzungen muss eine Bedarfsanalyse erfolgen. So hat sich die Linksfraktion im Landtag beispielsweise dafür eingesetzt, in der Bioökonomiestrategie den Flächenbedarf für die Lebensmittelproduktion zu ermitteln, um Aussagen zu möglichen Nutzungen landwirtschaftlicher Flächen für Energiegewinnung und stoffliche Nutzung treffen zu können. Bei der Photovoltaik muss zunächst klar sein, wie viel Freiflächen-Photovoltaik zur Erreichung der Ausbauziele (bei prioritärer Nutzung versiegelter Flächen) nötig ist, bevor immer mehr Äcker und Wiesen mit Photovoltaik-Anlagen bebaut werden.

### **2. Wie steht Ihre Partei zu einer Solarpflicht auf Dächern von Bestandsimmobilien im Gewerbe und im öffentlichen Bereich?**

Wir möchten vorhandene Dächer weitestmöglich für Photovoltaikanlagen nutzen. Die Linksfraktion hat dazu im Landtag bereits Anträge zur Brandenburgischen Bauordnung eingebracht. Bei Bestandsgebäuden muss jedoch eine finanzielle Überforderung der Eigentümer vermieden werden. Dazu bedarf es entsprechender Unterstützungsstrukturen.

### **3. Welche Planungsinstrumente gedenkt Ihre Partei zur besseren Steuerung von Flächensolaranlagen einzusetzen? Welche Rolle hat dabei die Mehrfachnutzung von Flächen?**

Wir schlagen vor, dass auf Ebene der Regionalplanung auch Vorranggebiete für Photovoltaiknutzung ausgewiesen werden – damit die verträglichsten und geeignetsten Standorte in einer Region gefunden werden. Unsere Landtagsfraktion hat dazu bereits konkrete Vorschläge gemacht. Photovoltaikanlagen in Schutzgebieten lehnen wir ab. Agri-Photovoltaik-Anlagen, die eine Mehrfachnutzung ermöglichen, sind eine echte Chance, sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Energieerzeugung, und sollen an geeigneten Standorten besonders gefördert werden.

### **4. Die Landwirtschaft zahlt für die Entnahme von Oberflächenwasser kein Entgelt, für die Entnahme von Grundwasser nur 7 % des Entgelts anderer Nutzer\*innen. Der Bergbau zahlt dahingegen kein Entgelt, wenn er Braunkohletagebaue von Wasser freihält. Wie kann das Wassernutzungsentgelt gerechter gestaltet werden und Transparenz über die bestehenden Wasserentnahmen hergestellt werden?**

Eine Neuregelung des Wassernutzungsentgelts soll zum einen Anreiz- und Steuerungswirkung entfalten, darf aber zum anderen Wassernutzer nicht finanziell überfordern, zum Beispiel durch hohe Trinkwassergebühren. DIE LINKE befürwortet die Erhebung eines Wassernutzungsentgeltes für Sumpfungswässer im Bergbau. In der Landwirtschaft sollte es vor allem um eine Reduzierung des Wasserverbrauchs durch wassersparende Bewässerungstechnik und – soweit möglich – den Anbau trockenheitsresistenter Kulturen, Bodenverbesserung und den Wasserrückhalt in der Fläche gehen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass ein großer Teil der Wassernutzungen - trotz gesetzlicher Pflicht -

nicht im elektronischen Wasserbuch verzeichnet ist. Das muss schnellstmöglich geändert werden, um einen Gesamtüberblick über vorhandene Wasserentnahmen zu erhalten.

**5. Wie will ihre Partei darauf hinwirken, dass der gute Zustand der Gewässer und Grundwasser zukünftig wieder erreicht werden kann und welche Notfallmaßnahmen sehen sie wegen der absehbaren Verfehlung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie für 2027 vor?**

Die notwendige Umsetzung der Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie ist bei weitem nicht ausfinanziert. Durch das Land allein wird dies auch schwer zu leisten sein. Wir benötigen eine ehrliche Bestandsaufnahme – dabei sind solche Fragen zu beantworten, wie: Welche Maßnahmen sind zur Erreichung der Ziele erforderlich und welche Finanzmittel sind dafür nötig? Auf dieser Grundlage muss sich Brandenburg um die notwendige Finanzierung bemühen oder nötigenfalls Prioritäten setzen.

**6. Eine Herausforderung für die brandenburgische Landwirtschaft ist der Kauf von Agrarflächen durch Immobiliengesellschaften und Fonds. Damit wird familiengeführten mittelständischen Betrieben der finanzierbare Zugang zu Land genommen. Welche gesetzgeberischen und praktischen Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Agrarflächen vor Spekulation zu schützen, unterstützen Sie ein Agrarstrukturgesetz?**

Wir setzen uns intensiv für ein Agrarstrukturgesetz ein, das den Verkauf von Unternehmensanteilen landwirtschaftlicher Betriebe an international agierende Investoren reglementiert und ortsansässige Betriebe beim Flächenkauf begünstigt. Dazu gehört auch die Einführung einer Preisbremse. Das Land soll über einen öffentlichen Bodenfonds Einfluss zugunsten regional ausgerichteter und gemeinwohlorientierter Landwirtschaft nehmen. Bereits in der noch laufenden Wahlperiode hat die Linksfraktion maßgeblich die Novellierung der Brandenburgischen Höfeordnung vorangetrieben, die die Vererbung von familienbetriebenen Bauernhöfen erleichtert.

**7. Wie sieht aus Ihrer Sicht die Zukunft der Tierhaltung in Brandenburg aus? Was bedeutet das für die gewerblichen Großmastanlagen?**

Wir möchten die flächengebundene landwirtschaftliche Tierhaltung in Brandenburg stärken, weil sie in besonderem Maße Wertschöpfung schafft und einen nachhaltigen Stoffkreislauf in der Landwirtschaft ermöglicht. Großen gewerblichen Tierhaltungsanlagen, die Futter importieren und Gülle abtransportieren müssen, stehen wir hingegen kritisch gegenüber. Allerdings ist dies auf Landesebene nur schwer beeinflussbar, da die Genehmigungsgrundlagen bundesrechtlich geregelt sind.

**8. Wie wollen sie einen Anteil von 2% Wildnis an der Landesfläche sichern und welche Liegenschaften kommen dafür aus Ihrer Sicht in ?**

Wir stehen zu dem 2%-Ziel, für das in erster Linie Flächen der öffentlichen Hand, beispielsweise Landeswald, sowie dafür vorgesehene Flächen von Vereinen und Stiftungen in Frage kommen. Aus unserer Sicht ist eine rechtliche Sicherung dieser Flächen, etwa über Schutzgebietsverordnungen, erforderlich. Zum einen erfolgt damit die erforderliche langfristige Sicherung, zum anderen wird klargestellt, was genau in den Wildnisflächen zulässig ist und was nicht. Unabdingbar ist eine frühzeitige und ergebnisoffene Beteiligung der Menschen vor Ort, um die notwendige Akzeptanz zu schaffen.

**9. Wie wollen Sie den Pestizideinsatz in Schutzgebieten deutlich verringern und behandlungsfreie Zonen schaffen?**

Einige Regelungen dazu gibt es bereits im Pflanzenschutzrecht des Bundes. Der Ansatz des leider gescheiterten „Insektendialogs“ im Ergebnis der beiden Volksinitiativen zum Insektenschutz war es,

verbindliche Einschränkungen des Pestizideinsatzes in Schutzgebieten nach einer Übergangsphase einzuführen und im Gegenzug den Landwirten verlässliche Ausgleichszahlungen zu garantieren. Diesen Ansatz halten wir grundsätzlich weiter für sinnvoll. Daneben sollten Vertragsnaturschutzmaßnahmen auf freiwilliger Basis ausgeweitet werden.

**10. Die Jugendverbände der Natur- und Umweltschutzorganisationen leisten wertvolle außerschulische Arbeit auch in Form von Demokratiestärkung und -bildung. Wie wollen Sie in Zukunft die Jugendverbände besser ausstatten?**

Um eine bessere Jugendpolitik und mehr Teilhabe von Jugendlichen zu erreichen wollen wir die Kinder- und Jugendpolitik in der Landespolitik konkret stärken: Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche bei sie betreffenden Belangen in der Landespolitik beteiligt werden, die Landesbeauftragte für Kinder und Jugendliche regelmäßig im zuständigen Ausschuss und dem Landtag berichtet und einmal jährlich eine gemeinsame Kinder- und Jugendkonferenz der Interessenvertretungen junger Menschen und der Fraktionen im Landtag stattfindet.

Dabei wissen wir, eine aktive Kinder- und Jugendpolitik braucht starke Jugendverbände. Um das zu gewährleisten, unterstützt DIE LINKE auch in Zukunft die Umsetzung aller Forderungen der Jugendverbände nach Stärkung ihrer Strukturen im Land.